

Ein Jahreswechsel zum Nachdenken



Dipl.-Ing. (FH) ROY BERGDOLL
Brandoberamtsrat

BRANDSCHUTZ-Fachredakteur
»Katastrophenschutz«

Ilvesheim

brandschutz.d fz@kohlhammer.de

Das Februar-Editorial für BRANDSCHUTZ/Deutsche Feuerwehr-Zeitung ist das erste Editorial, das im neuen Jahr verfasst wird. Für mich eignet es sich damit sehr gut, um auf den Jahreswechsel zurückzublicken und Erwartungen zu formulieren. Arbeitet man sich dafür durch die Schlagzeilen der vergangenen Wochen, ist das aber gar nicht so einfach.

Für viele Einsatzkräfte markiert die Zeit um und nach Silvester weniger einen Neuanfang als vielmehr einen erneuten Belastungstest. Die vergangenen Wochen haben eindrücklich gezeigt, vor welchen Herausforderungen Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei und viele andere Organisationen stehen – fachlich, gesellschaftlich und politisch.

Kaum ein Thema polarisiert so stark wie das wiederkehrende Verbot von privatem Feuerwerk. Während Befürworter auf Umwelt-, Tierwohl- und Sicherheitsaspekte verweisen, sehen Kritiker darin einen Eingriff in Traditionen und persönliche Freiheit. Aus Sicht der Einsatzkräfte ist die Diskussion jedoch weniger ideologisch: Jedes Jahr bedeuten Feuerwerkskörper tausende Einsätze, Verletzte, Brände und eine erhebliche Gefährdung der eigenen Sicherheit. Die Frage ist daher nicht, ob Feuerwerk Emotionen weckt, sondern wie viel Risiko eine Gesellschaft bereit ist zu akzeptieren – und wer dieses Risiko letztlich trägt.

Besorgniserregend ist dabei einmal mehr die zunehmende Gewalt, die gerade in der Silvester-nacht erneut sichtbar wurde, und das mittlerweile nicht nur gegen Einsatzkräfte. Angriffe auf Feuerwehrleute und Rettungsdienstpersonal, oder wie zum Beispiel in Mannheim gegen Stra-ßenbahnfahrer und deren Fahrzeuge, sind kein Randphänomen mehr, sondern Ausdruck eines gesellschaftlichen Problems. Wer Menschen attackiert, die helfen oder einfach nur ihrer Arbeit nachgehen, überschreitet eine rote Linie. Hier braucht es nicht nur konsequente Strafverfol-gung, sondern auch eine klare politische und gesellschaftliche Haltung. Respekt gegenüber Ein-satzkräften ist nicht verhandelbar! Wie würde sich die Gewalt gegen Einsatzkräfte entwickeln, wenn kein Feuerwerk mehr abgebrannt werden dürfte?

Dass kritische Infrastruktur verwundbar ist, zeigte zuletzt der Stromausfall in Berlin. Auch wenn solche Ereignisse bislang selten sind, führen sie uns drastisch vor Augen, wie abhängig unser Alltag von funktionierenden Systemen ist. Für Feuerwehren und Katastrophenschutzbe-hörden bedeutet das: steigende Anforderungen an Notfallplanung, Kommunikation und Eigen-versorgung. Blackout-Szenarien sind längst keine theoretischen Planübungen mehr, sondern müssen realistisch vorbereitet werden.

Das tragische Brandunglück im Schweizer Crans-Montana erinnert uns zudem daran, dass Brandschutz und Prävention niemals Routine werden dürfen. Ob im Wohnungsbau, in touristi-schen Einrichtungen oder bei Sonderbauten – Brandschutz ist eine Gemeinschaftsaufgabe aus Planung, Kontrolle, Ausbildung und Einsatzpraxis. Fehler oder Versäumnisse haben oft fatale Konsequenzen.

All diese Ereignisse verbinden sich zu einem klaren Bild: Die Anforderungen an die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben werden komplexer, gefährlicher und politischer. Umso wichtiger sind eine fundierte fachliche Diskussion, eine starke Interessenvertretung und eine Gesellschaft, die hinter ihren Einsatzkräften steht.

Der Jahreswechsel sollte daher nicht nur Anlass für gute Wünsche sein, sondern auch für klare Entscheidungen. Für mehr Sicherheit. Für mehr Respekt. Und für Einsatzkräfte, die ihren Auftrag erfüllen können – heute und in Zukunft.